

Wie ist es möglich...

Mit den Entscheidungen über die verhassten Antireformen sucht die Regierung Merkel in diesem Herbst auch die Entscheidung über ihr eigenes Überleben.

Am 29. Oktober kommt es im Bundestag in 3. Lesung zur Abstimmung über das Spar-/Verarmungspaket.

Am 17. November will die Regierung entscheiden, dass die Rente mit 67 endgültig in Kraft tritt.

Noch im November schließlich kommt eine Gesundheitsreform in den Bundestag, die u.a. mit der „Kopfpauschale“ der historischen Errungenschaft der solidarisch und paritätisch finanzierten gesetzlichen Krankenversicherung für 80 Millionen Mitglieder endgültig den Garaus machen soll.

„Damit legt die Regierung die Axt an den Sozialstaat“, urteilten die DGB-Gewerkschaften und riefen zu den „Herbstaktionen“ auf.

Deren Höhepunkt sollen die Demonstrationen am 6. 11. in Hannover und am 13. 11. in Dortmund, Stuttgart und Nürnberg sein.

Je näher die Entscheidungstermine für die Antireformen heranrücken, um so größer werden die Fragezeichen der GewerkschaftskollegInnen und der ArbeitnehmerInnen insgesamt gegenüber diesen Herbstaktionen.

Merkel jedenfalls lässt sich durch sie nicht stören. Sie zieht die Führungen von SPD und DGB in die „konstruktive Diskussion“, um ihre drei Antireformen mit deren Zustimmung oder auch mit deren protestierenden und korrigierenden Akzeptanz zu verabschieden.

Zugleich lässt sie Schlag auf Schlag weitere Maßnahmen ankündigen und vorbereiten.

So die geplante Reform der Hartz-IV-Gesetzgebung, die am 17.12. den Bundesrat passieren soll:

Streichung des Elterngeldes (das sind für arbeitslose Eltern 3.600 Euro im Jahr) - bei einer 5-Euro-Regelsatzerhöhung für Erwachsene, einem 10-Euro - Bildungspäckchen monatlich für Kinder. „Böser geht es kaum noch“, ver.di-publik.

Alg-I-Bezieher sollen nach Ablauf des Anspruchs ohne bisherigen Puffer in den Alg-II-Bezug stürzen.

Die gerade noch ausgeklügelte milliardenschwere Ökosteuerentlastung für die Industrie wird „kompensiert“ durch die Erhöhung der Verbrauchssteuern, während für die 50-Milliarden-Profitgarantie an die Atomindustrie der öffentliche Haushalt weiter geschöpft wird.

Zur Entlastung der Hauseigentümer sollen die Kosten für energetische Gebäudesanierung über massiv steigende Mieten auf die Mieter abgewälzt werden.

Mit dem geplanten Leiharbeitsgesetz leistet die Regierung der weiteren Zerstörung der sog. regulären Arbeitsverhältnisse Vorschub und bringt einen neuen Schub in die Ausweitung des Niedriglohnssektors. „Dieser Gesetzentwurf ist eine Zumutung“! IG Metall.

Merkel schreckt auch nicht davor zurück, den Ausverkauf der Industrie an internationale Finanzinvestoren zu fördern. Ausdrücklich verweigert sie den Schutz von Industriearbeitsplätzen vor internationalen Ausschlichtungsprofiteuren, die neben dem Baukonzern Hochtief eine ganze Reihe Industrieunternehmen bedrohen.

Alle diese Ankündigungen und Pläne werden von lautstarken Protesten der Gewerkschaftsführungen begleitet ... und auch durch diese lässt sich Merkel keineswegs stören.

... dass die krisenranke Regierung Merkel fortfahren kann, der großen Mehrheit diese Antireform zu diktieren?

80 % der Bevölkerung lehnen seit langem die drei zerstörerischen Antireformen der Regierung ab und wollen dass sie sofort gestoppt werden.

Doch die Regierung Merkel kann sich auf die „korrigierende“ Begleitung im Sinne einer „sozial akzeptableren“ Gestaltung ihres grausamen Antireformpakets durch die SPD-Führungen stützen und ebenso auf die Gewerkschaftsführungen, die unter Protesten bereit sind zur „korrigierenden“ Zusammenarbeit mit der Regierung.

Der Vorsitzende der IG BCE, Michael Vassiliades hat die entsprechende Bereitschaft vielleicht am klarsten zum Ausdruck gebracht: die Gewerkschaft würde mit ihren Protestaktionen die Regierung „schon nicht in eine unangenehme Situation bringen“.

Der DGB-Vorsitzende Sommer fordert

an der Seite des SPD-Vorsitzenden Gabriel von der Regierung die Korrektur der Rente mit 67: deren „Aussetzung“, d.h. den vorläufigen Aufschub.

Und selbst bei dem Leiharbeitsgesetz reicht die IG Metall mit der Forderung nach „Nachbesserung“ der Regierung die Hand zur Umsetzung dieses wieder korrigierten – Gesetzes zur Förderung von Lohndumping und Tarifflicht.

An der gewerkschaftlichen Basis wächst der Unmut über eine Führung, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, sich auf „protestierende“, hoffnungslos zersplitterte Aktionen zu beschränken, die nicht nur nicht geeignet sind, sondern sich bewusst nicht das „Ziel setzen, die Regierungsmaßnahmen ernsthaft zu bekämpfen“. Wenn die Forderungen nach „Rücknahme der Rente mit 67“ oder „Weg mit dem Sparpaket und der Kopfpauschale“ auch in den offiziellen Aufrufen der Gewerkschaften zu den Protestaktionen genannt werden, verlieren sie sich doch in einem bunten Strauß von Themen aller Art.

„Was ist aus dem »heißen Herbst« des DGB geworden, der die Regierungspläne von Merkel zurückschlagen sollte?“ Diese Frage der S-Bahner in Berlin stellen sich viele KollegInnen in den Betrieben, Verwaltungen...

Auch sieht die sozialdemokratische Arbeitnehmerbasis mit vollkommenem Unverständnis, dass die SPD-Führung der Regierung Merkel bei allen ihren arbeitnehmerfeindlichen Reformen jeweils Gesprächsangebote unterbreitet, wie jetzt z.B. zu dem beschlossenen Gesetzentwurf zu Hartz-IV, um ihr über einzelne Korrekturen zur „sozialverträglicheren Gestaltung“ den Weg zur Durchsetzung ihrer Antireformen zu bahnen.

Die GewerkschaftskollegInnen machen die Erfahrung, dass mit den verwirrend zahllosen Aktiöchen die Regierung Merkel nicht zu stoppen ist

Kann es einen anderen Weg geben als den der gewerkschaftlich organisierten Mobilisierung der Arbeiterschaft und die Bündelung aller Kampfkaktionen auf einer zentralen Demonstration nach Berlin, zum Sitz der Regierung - für die Rücknahme des Sparpakets, der Rente mit 67 und der Kopfpauschale?

Nur das kann auch die Kraft schaffen, um SozialdemokratInnen zu gewinnen und ihnen zu helfen, im Bruch mit der Politik ihrer Führung ihren Platz im Kampf an der Seite der gewerkschaftlich mobilisierten Arbeiterschaft einzunehmen.

Carla Boulboulé